



Landespflegegeld wird halbiert

Die Begründung: Die steigende Zahl an Pflegebedürftigen und der damit verbundene zusätzliche Bedarf an Betreuungsplätzen würden dies notwendig machen.

Von Jürgen Umlauf

MÜNCHEN. Das bayerische Landespflegegeld wird nach dem Willen der Staatsregierung ab 2026 auf jährlich 500 Euro halbiert. Anspruchsberechtigt bleiben wie bisher alle Pflegebedürftigen ab dem Pflegegrad 2. So sieht es ein am Mittwoch erstmals im Landtag beratener Gesetzentwurf der Staatsregierung vor. Die bei den Berechtigten eingesparten Mittel in Höhe von rund 230 Millionen Euro im Jahr sollen in den Ausbau der Pflegeinfrastruktur in Bayern gesteckt werden, insbesondere für Dienste, die pflegende Angehörige entlasten. Als Beispiele nennt der Gesetzentwurf Einrichtungen zur Tages- und Nachtpflege, örtliche Helferkreise und Betreuungsgruppen sowie den Bau wohnortnaher Pflegewohnungen und ambulant betreuter Wohngemeinschaften.

Gesundheitsministerin Judith Gerlach

(CSU) begründete die Maßnahme mit der steigenden Zahl an Pflegebedürftigen und dem damit verbundenen zusätzlichen Bedarf an Betreuungsplätzen. In Zeiten knapper werdender Haushaltsmittel des Freistaats müsse das Geld effizient und zielgerichtet eingesetzt werden. Bernhard Seidenath (CSU) ergänzte, mit der Neuerung könnten „passgenaue Lösungen“ für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen geschaffen werden. „Es ist gut, wenn mehr in die Pflegestrukturen investiert wird“, sagte er.

Kritik kam aus der Opposition. Roland Magerl (AfD) erklärte, die Pflege werde immer teurer, der Aufwand für die Angehörigen immer größer. Er schlug eine Staffelung der Leistung zwischen 500 und 1500 Euro je nach Pflegegrad vor. Nach Einschätzung von Andreas Hanna-Krahl (Grüne) hat das Pflegegeld kein einziges Problem in der Pflege gelöst. Die Mittel hätten von Anfang an in den Ausbau der Strukturen fließen sollen. Für eine Staffelung des Pflegegeldes nach sozialer Bedürftigkeit plädierte Ruth Waldmann (SPD). Es müsse gewährleistet sein, dass die Unterstützung vor allem bei denen ankomme, die besonders darauf angewiesen seien.

Standpunkt

Ebenfalls erschienen in: Nordbayerischer Kurier.